

An die
Landesverbände und Ortsgruppen der NaturFreunde
dem Bundesvorstand zur Kenntnis

Liebe Genossinnen und Genossen!

I.

Auf dem letzten Bundeskongress der NaturFreunde in der Fruchthalle von Kaiserslautern hatten wir eine intensive Diskussion über Krieg und Frieden in der Ukraine. Beschlossen wurde beigefügter Friedensantrag. Zu dem Beschluss gehört auch, dass wir die aufgeworfenen und weitere Fragen im Verband ausführlich diskutieren wollen. Der Schlussteil des Antrages listet dafür Eckpunkte auf.

Um eine Grundlage für die weitere Debatte und einen Austausch innerhalb unseres Verbandes zu schaffen, möchten wir Euch hiermit unsere friedenspolitischen Positionen zum Ukraine-Krieg nochmals kurz zusammenfassen. Und wir merken betrübt an, dass diese Debatte natürlich auch für andere Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen, die heute in den verschiedenen Weltregionen stattfinden, geführt werden müsste.

Das Thema Frieden nimmt in der Geschichte der NaturFreunde zu Recht eine zentrale Rolle ein, auch mit unserer Aktion „*Frieden in Bewegung*“ setzen wir ein eindeutiges Zeichen für Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit. Ganz im Sinne der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner: „Nicht unserer Vorväter wollen wir trachten, uns würdig zu zeigen – nein unseren Enkelkindern!“.

II.

Die NaturFreunde verstehen sich als Teil der Friedensbewegung, deren Ziele es immer waren, die militärische Ideologie und ihre unmenschliche Eskalationsdynamik zu stoppen, damit dauerhaft die Voraussetzungen für ein friedliches Leben geschaffen werden. Frieden gehört zur Substanz des Moralischen und der Humanität. Dagegen sind Krieg und Gewalt ein Verbrechen an der Menschlichkeit.

Unsere Auffassung ist: Krieg ist immer falsch, im Atomzeitalter allzumal, in dem der Einsatz von Atombomben unfassbar schreckliche Folgen hat. Die Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki würden um ein Vielfaches übertroffen. Aber auch die Präzision und Durchschlagskraft konventioneller Waffen, vor allem von Drohnen und Raketen, müssen zu Abrüsten, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle führen. Das ist die Aufgabe von Politik und Diplomatie, über alle ideologischen Systeme und politischen Grenzen hinweg alles zu tun, um Kriege zu verhindern, um den Frieden zu bewahren und ihn dauerhaft zu sichern.

Nach dem „Kriegsbarometer“ des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung (HIK), in dem die Intensität von Kriegen und gewaltsamer Auseinandersetzungen in fünf Stufen eingeteilt wird, wurden im letzten Jahr 21 Kriege und 171 militärische Konflikte aufgelistet. Und die Kriege treffen in erster Linie Menschen aus ärmeren Schichten. In Kriegen verbindet sich auf grausame Weise Tod, Zerstörung und Ungerechtigkeit. Krieg ist vor allem seit der Industrialisierung der Kriege für die betroffenen Menschen zur Hölle geworden.

III.

Auch der Krieg in der Ukraine ist falsch und unmenschlich. Nach derzeit nicht überprüfbareren Angaben verschiedener Geheimdienste sind bereits insgesamt bis zu einer Million Menschen gestorben oder schwer verletzt. Man muss bei diesen Angaben allerdings vorsichtig sein. Auch im Irak-Krieg von 2003 sind deutlich mehr Menschen ums Leben gekommen, als die offizielle Kriegsberichterstattung hatte zugeben wollen. Die Journalist*innen arbeiteten damals als „*embedded Journalism*“, waren dadurch also Kriegsberichtersteller*innen, die unter der Kontrolle des Militärs standen.

Im Jahr 2006 kam die unabhängige „Baker-Kommission“ (Iraq Study Group) zu dem Ergebnis, dass zwischen 600.000 und eine Million Menschen im Krieg gestorben seien. Es wurden weitaus mehr Menschen getötet, als offizielle Stellen angegeben haben.

Zwei Anmerkungen zum Ukraine-Krieg sind notwendig:

Erstens hat der Krieg – wie auch die meisten anderen Kriege – eine komplexe und komplizierte Vorgeschichte, in der es gravierende Fehler und Versäumnisse auf allen Seiten gegeben hat. Wir weisen nur darauf hin, dass auf dem Treffen der NATO in Bukarest vom 2. bis 4. April 2008 vor allem auf Druck der USA, wenn auch gegen die Bedenken des eigenen Geheimdienstes, Georgien und der Ukraine ein Beitritt zugesagt wurde, allerdings wegen der Skepsis Deutschlands und Frankreichs ohne einen Zeitrahmen zu nennen. Ein dafür üblicher „Aktionsplan für die Mitgliedschaft“ (MAP) wurde noch nicht gewährt. Russland kritisierte damals die Beitrittszusage an die ehemaligen Sowjetrepubliken scharf: „Der Beitritt wäre ein großer strategischer Fehler, der die schlimmsten Folgen für die gesamteuropäische Sicherheit haben wird.“

Wladimir Putin warnte in Bukarest US-Präsident George W. Bush, das „Auftauchen eines mächtigen Militärblocks unmittelbar an der Grenze Russlands ist eine direkte Bedrohung unserer Sicherheit.“ Dennoch wurde in den folgenden Jahren durch NATO-Übungen in der Ukraine und ab 2014 durch die Lieferung technisch komplexer US-Waffensysteme *die militärische Infrastruktur der NATO* bis an die Türschwelle Russlands ausgeweitet.

Für die Kriegsführung ist eine digitale Infrastruktur heute von zentraler Bedeutung, um den Gegner in seinen Abwehrsystemen „blind“ zu machen und einen „präzisen“ Krieg mit Drohnen und Marschflugkörpern führen zu können. Wie abhängig die Ukraine von der amerikanischen Hilfe ist, haben Anfang 2025 nur wenige Tage der „Blindheit im ukrainischen Luftraum“ gezeigt, als der neu gewählte US-Präsident Donald Trump diese Unterstützung eingestellt hat.

Zweitens wurden wichtige entspannungspolitische Dokumente wie die KSZE „Schlussakte von Helsinki“ aus dem Jahr 1975 oder die OSZE „Charta von Paris für ein neues Europa“ von 1990, in der die Grundzüge für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur aufgezeigt sind, auch von westlichen Regierungen nie wirklich ernst genommen. Nach dem historischen Jahr 1989 hat es am Willen gefehlt, zu einer gesamteuropäischen Perspektive zu kommen. Eine europäische Leitidee „für die sinnvolle Zusammenführung aller Teile des Kontinents, ohne sich gegen Amerika zu formieren“ wie Willy Brandt es formulierte.

Michail Gorbatschow, dem Deutschland das unblutige Ende der Teilung unseres Landes in Ost und West zu verdanken hat, beklagte bis zu seinem Tode immer wieder, dass von westlichen Regierungschefs gegebene Zusagen für das „Gemeinsame Haus Europa“ nicht eingehalten wurden. Das ist keine Rechtfertigung für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, zeigt aber, dass die Dimension des Krieges weit über die Ukraine hinausgeht und nicht darauf begrenzt werden kann.

IV.

Wir sind davon überzeugt, dass der Frieden in der Ukraine eine Antwort braucht, die auch eine Zukunftsperspektive für Europa insgesamt aufzeigt. Umso bedauerlicher ist es, dass sich die EU in vielen wichtigen Fragen uneins ist. Deshalb hat es bis heute keinen europäischen Vorschlag für einen Friedensplan für die Ukraine gegeben. In der Folge wird der schreckliche Krieg ein „Krieg bis zur Erschöpfung“. Die *Washington Post* schrieb dazu: „Der Krieg führt dazu, dass er immer brutaler und kostspieliger wird und sich Block für Block durch die ukrainischen Ortschaften zieht“.

Henry Kissinger hatte schon im Jahr 2014 davor gewarnt: „Viel zu oft ist die ukrainische Frage als ‚Showdown‘ dargestellt worden, ob sich die Ukraine dem Osten oder dem Westen anschließt. Doch wenn die Ukraine überleben will, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten in Europa fungieren.“ Das ist auch die Leitidee, die der frühere EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen leider erfolglos vertreten hat.

Auch der Herausgeberkreis (*Editorial Board*) der liberalen *New York Times* beschreibt die Folge einer Eskalation des Krieges in der Ukraine: „Waffen werden keinen Frieden bringen. Die Ukraine kann Russland militärisch nicht besiegen, wenn die NATO nicht aktiv in den Krieg eingreift. Dann aber kommt es zu einem großen Krieg“. Auch diese Warnung muss sehr ernst genommen werden.

V.

Der Ukraine-Krieg ist ein Wendepunkt für die Weltordnung. Deshalb muss alles getan werden, ihn schnell zu beenden. Das ist das Gegenteil der heutigen Militarisierung der Welt. Nach Angaben des schwedischen Instituts für Friedensforschung wurde im letzten Jahr die Rekordsumme von 2,714 Billionen US-Dollar für das Militär ausgegeben. 74 Prozent davon entfielen auf nur 10 Länder. In dieser Rangliste der Militarisierung liegt Deutschland mit knapp 90 Mrd. Dollar auf Platz 4. Zusammen mit Frankreich gaben beide Länder im letzten Jahr (rd. 154 Mrd. Dollar) mehr für das Militär aus als die Kriegswirtschaft Russlands (145 Mrd. Dollar). Und die Militärausgaben der europäischen NATO-Staaten übersteigen sogar den russischen Staatshaushalt (rund 60 Mrd. Dollar mehr).

Der Ukraine-Krieg ist Anlass und Treiber für eine gewaltige Aufrüstung vor allem in Europa. In Deutschland soll dafür künftig eine Summe ausgegeben werden, die in etwa dem entspricht, was in den letzten Jahrzehnten jährlich für Innovationen, Verbesserung der Infrastruktur und Modernisierung der Volkswirtschaft bereitgestellt wurde. Aufgaben, die heute mehr denn je notwendig sind. Woher soll das Geld für diese Bereiche künftig kommen, wo das Geld für Wohnungsbau, Sozialleistungen und Klimaschutz? Der Hinweis auf Lockerung der Schuldenbremse und das Sondervermögen für die Bundeswehr hilft nicht gegen die wachsende Verschuldung und die Inflationsgefahren.

Und Deutschland würde wieder zu einem vorrangigen Kriegsziel, wenn, wie geplant, im nächsten Jahr in Süddeutschland, wahrscheinlich in Grafenwöhr, amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden. Im Gespräch sind drei unterschiedliche Waffensysteme. Das ist unverändert die Beschlussfassung, ohne dass es darüber eine ausführliche Debatte im Bundestag gegeben hat.

Besonders einschneidend sind die Long-Range Hypersonic Weapon, auch Dark Eagle genannt, die bis zu 3.700 km weit fliegen und zudem atomar bestückt werden können. Während der Startphase, die eine bis 1,5 Minuten dauert, lösen sich die beiden Stufen der Rakete und bringen den übrig gebliebenen Gleitkörper mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit voran. Dieser reitet gleichsam in schätzungsweise 60 bis 80 km Höhe in kaum berechenbaren Wellen

zu seinem Ziel. Er kann – wenn überhaupt - erst zwei bis drei Minuten vor dem präzisen Einschlag vom Bodenradar erfasst werden. Die Dark Eagle frühzeitig abzufangen, ist somit fast unmöglich. Die Flugzeit von Süddeutschland nach Moskau betrüge etwa 10 Minuten. Eine Dark Eagle kostet 41 Millionen Dollar.

Die Dark Eagle ist direkt dem Strategischen Kommando der USA unterstellt. Das gegenüber dem US-Kongress angegebene Ziel, damit auch sogenannte zeitkritische Hochwertziele angreifen zu können, bedeutet, dass die Dark Eagle gleichsam eine Waffe zur „Enthauptung“ des Gegners ist. Das Kommando für den Einsatz hat die Multi-Domain-Task-Force in Wiesbaden-Erbenheim.

Eine Multi-Domain-Task-Force umfasst einen Waffenmix mit kürzeren, mittleren und langen Reichweiten. Insgesamt wollen die USA weltweit fünf solcher Multi-Domain-Task-Forces aufstellen. Die in Deutschland ist gegen Russland gerichtet, drei werden gegen China und eine zur besonderen Verwendung aufgestellt werden. Dieses Konzept soll den Einsatz von Waffen mittels Künstlicher Intelligenz (KI) und Hyperschallraketen in allen Bereichen massiv beschleunigen: In der Luft, auf dem Wasser, an Land, im Weltall und im Cyberraum. Das wird nur möglich, weil der INF-Vertrag aufgekündigt wurde, der 1987 von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnet worden war und zur Vernichtung der landgestützten Raketenysteme zwischen 500 und 5.000 km führte.

VI.

Mit der Aufrüstung sind Gefahren verbunden, die sich sowohl aus der Einsatzlogik der jeweiligen Waffensysteme ergeben können, als auch durch menschliches oder technisches Versagen verursacht werden. Das gilt vor allem für Atomwaffen. Seit der Kuba-Krise von 1962 ist die Welt, wie wir gesichert wissen, mindestens vier Mal nur knapp an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. So hat sich zum Beispiel der für den Einsatz der Atomwaffen zuständige Offizier auf einem U-Boot geweigert, ohne ausdrückliche Anweisung aus Moskau dem Befehl zum Abschuss zu folgen. Auch ließ sich ein Kontrolleur von flackernden Hinweisen auf seinem Überwachungscomputer über vermeintlich gestartete strategische Atomraketen nicht täuschen, die tatsächlich von einer Sonneneinstrahlung verursacht worden waren. Er löste keinen Alarm aus.

Die atomaren Waffen waren im Kalten Krieg der Kern der militärischen Abschreckung. Heute gibt es weltweit rd. 13.000 nukleare Sprengköpfe, von denen über 90 Prozent auf Russland und die USA entfallen. Die atomare Aufrüstung nimmt nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges wieder zu. Allein die USA haben im Jahr 2023 ca. 43 Mrd. Dollar für die „Modernisierung“ ausgegeben, für sich genommen wäre das in der globalen Rangliste der Platz 13. Mehrere Länder versuchen, zum Club der 9 Atommächte dazuzukommen. Verstärkt wird zudem versucht, „Mini-Nukes“ zu entwickeln, mit denen die Befürchtung verbunden ist, dass die Schwelle zum Einsatz der „kleinen Atomwaffen“ systembedingt gesenkt wird. Zudem müssen auch die rd. 410 Atomkraftwerke in der Welt berücksichtigt werden, die im Falle einer Bombardierung die Wirkung einer Atomwaffe haben können.

Albert Einstein kam schon Mitte der 1950er-Jahre zu der Erkenntnis: „Die entfesselte Kraft des Atoms hat alles verändert, außer unserer Art zu denken, so treiben wir auf eine beispiellose Katastrophe zu.“ Die Unabhängige Kommission zur globalen Sicherheit unter der Leitung von Olof Palme hat das aufgegriffen für den UN-Report mit Empfehlungen für eine „Gemeinsame Sicherheit“.

VII.

Anders als heute bisweilen behauptet wird, sind die Empfehlungen zur Gemeinsamen Sicherheit nicht das „ideologische Konzept“ der 1980er-Jahre, das von den damaligen Bedingungen des Kalten Krieges geprägt wurde. Die Vereinten Nationen haben noch im letzten Jahr die unveränderte Bedeutung der Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit herausgestellt. Palme und Egon Bahr haben Gemeinsame Sicherheit als „Zustandsbeschreibung im Atomzeitalter“ verstanden, in der die Gegner zwangsläufig zu Partnern werden. Das ergibt sich aus der Erst- und Zweitschlagfähigkeit der Gegner, was katastrophale Folgen hätte. Von daher gibt es im Atomzeitalter das Ziel der Gemeinsamen Sicherheit unabhängig von unterschiedlichen Interessen, Systemen und Ideologien im existenziellen Interesse der Überlebensfähigkeit.

Zudem steht die Gemeinsame Sicherheit nicht allein, sondern sie ist eng verbunden mit den Empfehlungen der beiden anderen Unabhängigen UN-Kommissionen zur Nord-Süd-Solidarität von Willy Brandt und zur Nachhaltigkeit von Gro Harlem Brundtland. Das Fazit der drei Reports ist, dass in der zusammengewachsenen Welt die globalen Herausforderungen nur gemeinsam gelöst werden können. Nachhaltigkeit ist ohne Gemeinsame Sicherheit und Nord-Süd-Solidarität nicht zu erreichen; Gemeinsame Sicherheit braucht Nord-Süd-Solidarität und Nachhaltigkeit; Nord-Süd-Solidarität erfordert Nachhaltigkeit und Gemeinsame Sicherheit.

VIII.

Kriege fallen nicht vom Himmel, sie brechen nicht einfach aus, wie es oft so unschön heißt. So ist beispielsweise zu befürchten, dass es schon bald mit der Verschärfung der Klimakrise zu erbitterten Verteilungskämpfen um Nahrung, Ressourcen und Lebensverhältnisse kommt, aus denen die Kriege der Zukunft erwachsen können. Denn die Folgen der Klimakrise sind über eine längere Zeit weltweit unterschiedlich verteilt. Betroffen sind in erster Linie ökologisch instabile Regionen, in denen meist arme Bevölkerungsschichten leben. Somit wächst die Gefahr, dass sich reiche Teile der Welt in grünen Oasen des Wohlstands von der unwirtschaftlich werdenden Welt militärisch abschotten.

Die Verbindung zwischen Klimakrise und Krieg kann sehr kurz werden. Zudem gibt es weitere ökologische und ideologische Konflikte, aus denen Kriege werden können, so zum Beispiel aus dem „grünen Kolonialismus“ durch die Ausplünderung der Rohstoffe in den Ländern des Globalen Südens.

Wir werden diese Debatte weiterführen, natürlich gemeinsam mit Euch. Uns ist wichtig, Euch unseren Standpunkt und unsere Einschätzungen vorzustellen. Wir wollen einen breiten und offenen, aber fairen Diskurs führen. Wir freuen uns daher über Rückmeldungen zu unseren Positionen und Einschätzungen, um zu einem gemeinsamen Austausch zu kommen.

Vielen Dank und „Berg frei“



Michael Müller
Bundesvorsitzender



Yannick Kiesel
stellv. Bundesvorsitzender